



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Gut für Biber und Menschen

Hochwasserschutz in Nordrhein-Westfalen



Foto: Uli-B/Fotolia

Und wann sind wir in NRW wieder dran? Diese Frage drängte sich auf angesichts der gewaltigen Wassermassen, die im Juni weite Gebiete vor allem in Süd- und Ostdeutschland überschwemmten. Und auf das Mitgefühl für die zahlreichen Betroffenen, die häufig vor den Trümmern ihrer bisherigen Existenz stehen, folgte die Überlegung: Ist Nordrhein-Westfalen gegen künftige Flutkatastrophen ausreichend gewappnet?

Immerhin hat in diesem Frühsommer das Vorwarnsystem in den meisten Regionen gut funktioniert. Da die Wetterdienste oft schon früh auf die extremen Regenmengen hinge-

wiesen hatten, konnten sich viele Menschen an Donau oder Elbe rechtzeitig auf das Hochwasser vorbereiten. Dennoch sind die Folgen der Flut gewaltig: Die Ratingagentur Fitch schätzt den volkswirtschaftlichen Schaden für Deutschland auf 12 bis 15 Milliarden Euro. Dabei sind die Kosten für die Erneuerung von Verkehrswegen und sonstiger Infrastruktur nicht berücksichtigt. Alleine die Deutsche Bahn rechnet mit Folgekosten in Höhe von mehreren Hundert Millionen Euro.

Bund und Länder haben sich auf die Einrichtung eines Fluthilfe-Fonds mit einem Volumen von rund acht Milliarden Euro verständigt.

Darüber hinaus möchten die Länder bis Ende des Jahres 2013 auch EU-Mittel aus dem Strukturfonds und dem Fonds für den ländlichen Raum zur Hilfe für die Flutopfer einsetzen. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft dankte in einer Erklärung im Landtag den rund 10.000 Fluthelfern aus Nordrhein-Westfalen für ihren großen Einsatz in den Hochwassergebieten und kündigte an, dass sich NRW in den nächsten 20 Jahren mit jährlich 44 Millionen Euro am Bund-Länder-Programm zur Fluthilfe beteiligen werde.

→ weiter auf Seite 3



Foto: Frank Eichinger/TransFair e. V.

Auf dem Prüfstand

Muss der Faire Handel neu verstanden werden?

→ Seite 4



Foto: Frank Eichinger/TransFair e. V.

Kakao: Nicht für alle ein Genuss

Forum Nachhaltiger Kakao will Situation der Kakaobauern verbessern

→ Seite 7



Foto: Calin Tatu/Fotolia

Umstrittene Energiequelle

Fracking:
Viele offene Fragen

→ Seite 8



Foto: C. Nusch/TransFair e. V.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Unterstützung des fairen Handels wird in unserer Satzung ausdrücklich als einer der Zwecke der Stiftung genannt. Die Summe der von uns dafür vergebenen Fördermittel beträgt ungefähr sieben Millionen Euro. Die geförderten Projekte liefern Informationen zu den Produktionsbedingungen vieler Waren. Es wurden Bildungsmaterialien zum Thema entwickelt. Wir förderten die Einführung der Dachmarke „Die rheinische Affaire“ und des „Schalke-Kaffees“. Wir finanzierten Kampagnen wie „Der Pott kocht fair“ und Qualifizierungs- und Professionalisierungsangebote für Weltläden. Wir halfen mit, Großkunden zu gewinnen und Unternehmen des konventionellen Einzelhandels dazu zu bewegen, fair gehandelte Produkte in ihr Sortiment zu nehmen. Wir engagieren uns bei Projekten zur fairen Beschaffung in Kirchen, Kommunen und Landesinstitutionen.

TransFair e. V. – die Organisation, die in Deutschland das internationale Fairtrade-Siegel vergibt – schätzt den Fairhandels-Umsatz in Deutschland für 2012 auf 533 Millionen Euro. Rund 42.000 Verkaufsstellen und 20.000 gastronomische Betriebe bieten in Deutschland etwa 2.000 verschiedene fair gehandelte Produkte an. Der faire Handel ist in der deutschen Öffentlichkeit positiv besetzt, 80 Prozent der Bevölkerung kennen das Fairtrade-Siegel. Das Forum Fairer Handel – ein Zusammenschluss der wichtigsten Fairhandels-Akteure in Deutschland – schreibt auf seiner Website, dass 100.000 Menschen in Deutschland im

fairen Handel ehrenamtlich aktiv seien. Das sei hierzulande die größte entwicklungspolitische Bewegung. Dennoch ist der faire Handel immer noch eine kleine Nische. Der gesamte Einzelhandelsumsatz in Deutschland betrug im Jahr 2012 ca. 428 Milliarden Euro. Die Umsätze des fairen Handels machen da gerade einmal 0,12 Prozent aus.

Der faire Handel versteht sich als Alternative zu den ungerechten und ausbeuterischen regulären Handelsbeziehungen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern. Das System schützt in gewissem Umfang seine Produzenten gegen den Druck des konventionellen Welthandels. Dort haben oft mächtige transnationale Konzerne die Vorherrschaft, zudem werden die ökonomischen Chancen von Marktteilnehmern aus Entwicklungsländern häufig durch Subventionssysteme, Zollregime und diverse rechtliche Regelungen beeinträchtigt.

Die Monitoring-Berichte von Fairtrade International berichten von dem positiven „Impact“ auf die Lebensverhältnisse der mittlerweile 1,24 Millionen Kleinbauern und Arbeiter in den Produzenten-Betrieben und Genossenschaften des fairen Handels. Die gestiegenen Einkommen verbessern die soziale Lage und stabilisieren die Strukturen der Selbstorganisation. Die Produzenten entwickeln Selbstbewusstsein in der Vertretung der eigenen Interessen, entwickeln politisches Bewusstsein und lernen, demokratische Verfahren zu etablieren.

Jedoch: Hunderte Millionen Menschen in Taiwan, Südkorea, Thailand, China, Indien und Vietnam haben in den letzten Jahrzehnten den Status absoluter Armut verlassen, ohne dass sie in das System des fairen Handels einbezogen waren. Nur wenige Produzenten des fairen Handels sind mittlerweile ökonomisch so robust, dass sie in den Stürmen des konventionellen Systems bestehen würden. Damit ist die Frage nach der Nachhaltigkeit des fairen Handels gestellt.

Die Protagonisten des fairen Handels in Deutschland nehmen auch für sich in Anspruch, wichtige Akteure des globalen Lernens bzw. der entwicklungspolitischen Bildung zu sein. Jedoch wird man in vielen Fällen ernüchtert sein, wenn man in einem Weltladen etwa die Frage nach den Arbeitsbedingungen der Kakao-Bauern in Ghana stellt und bestenfalls Plattitüden zur Antwort erhält.

Georg Krämer, Referent für entwicklungspolitische Bildung im Welthaus Bielefeld und Fachkoordinator für globales Lernen, hat mit seinen „zehn Überlegungen“ zum fairen Handel einen Stein ins Wasser geworfen, der hoffentlich produktive Wellen schlägt (Seite 4). Wir möchten mit unseren Resultaten mithelfen, die dazu längst überfällige Debatte zu führen. Eine erste Reaktion von mir auf Georg Krämers Überlegungen finden Sie auf Seite 6.

Bleiben Sie engagiert!
Ihr Eberhard Neugebohm

Gut für Biber und Menschen

448 Fließgewässer mit Hochwasserrisiko

Doch wie steht es um den Hochwasserschutz in NRW? Immerhin hat die 2009 aktualisierte landesweite Bewertung für 448 Fließgewässer mit einer Gesamtlänge von gut 6.000 Kilometern ein Hochwasserrisiko ermittelt. Das Land hat bereits Mitte der 1990er-Jahre ein Hochwasserschutzkonzept entwickelt, das seither regelmäßig überarbeitet wird. Dessen zentrale Bestandteile sind bauliche Maßnahmen, die Kartierung von Risiken, die Information der betroffenen Menschen, die Vorsorgeplanung sowie eine hochwassergerechte Entwicklungsplanung.

Auf Grundlage der EG-Richtlinie über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken vom November 2007 – deren Zielsetzung von der Bundesregierung in das 2010 novellierte Wasserhaushaltsgesetz übernommen wurde – werden in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2015 für alle potenziell gefährdeten Gewässer Hochwasserrisiko-Managementpläne erstellt. Das Landesumweltministerium arbeitet dabei mit den Bezirksregierungen, den kommunalen Spitzenverbänden sowie anderen betroffenen Institutionen zusammen.

Christian Schweer vom Wassernetz NRW, einem von den Umweltverbänden getragenen Netzwerk zur Beteiligung an der EG-Wasserrahmenrichtlinie, findet es grundsätzlich gut, dass Hochwasserschutz in Nordrhein-Westfalen als Gemeinschaftsaufgabe begriffen wird: „Es geht nur nach dem Solidaritätsprinzip. Maßnahmen am Oberlauf eines Fließgewässers müssen auch den Menschen flussabwärts helfen.“ Anderenfalls ergeben sich schnell Probleme: So hat sich beim Elbe-Hochwasser im Juni gezeigt, dass funktionierende Deiche im Oberlauf eines Flusses die Situation flussabwärts – etwa in Magdeburg – noch verschärfen können.

Mehr Platz für Flüsse und Bäche

Der NABU-Landesvorsitzende Josef Tumbrinck verweist darauf, dass über 80 Prozent der Bäche und Flüsse in NRW in der Verantwortung von Gemeinden, Kreisen oder von kommunalen Wasser- und Bodenverbänden liegen: „Gerade die Kommunen können deutlich mehr für den Schutz der Gewässer tun, etwa durch die Ausweisung von ausreichend breiten Gewässerschutzstreifen oder die Entwicklung von Auen.“ Ein solcher Gewässerschutz sei zugleich vorsorgender Hochwasserschutz. Gleichzeitig könnten so artenreiche und reizvolle Flusslandschaften geschützt und entwickelt werden.

Nach der EG-Wasserrahmenrichtlinie aus dem Jahr 2000 müssen auch die Gewässer in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2015 so verbessert und geschützt werden, dass natürliche Trinkwasserquellen nicht mehr aufwendig gereinigt werden müssen, schädliche Hochwasser weitgehend ausbleiben und bedrohte Flusslandschaften und Tierarten sich erholen. Die nordrhein-westfälischen Umwelt- und Naturschutzverbände BUND, LNU und NABU kritisieren die bisherige Umsetzung dieser Richtlinie in NRW als unzureichend. Im Juni haben sie einen 14 Punkte umfassenden Maßnahmenkatalog „zur Beschleunigung eines vorsorgenden Gewässer-, Trinkwasser- und Hochwasserschutzes“ vorgelegt.

Darin fordern sie unter anderem die Umsetzung eines „Platzbeschaffungsprogramms“, mit dem ufernahe Flächen für die Entwicklung von Gewässern und Auen genutzt werden. Diese Maßnahme diene auch dem Hochwasserschutz, da ausreichende Pufferzonen zum Rückhalt und zur Entschleunigung von Flutwellen geschaffen würden. In der Vergangenheit seien rund 80 Prozent der einst naturnahen Uferflächen vor allem durch Bebauung und intensive Landwirtschaft verloren gegangen.

Auen als natürliche Rückhaltebecken

Beate Jessel, Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz, hat bereits 2010 nach dem Hochwasser in Sachsen betont, dass technischer Hochwasserschutz alleine nicht ausreiche, um mögliche Katastrophen abzuwenden: „Nur ausgedehnte Flussauen können als natürliche Rückhaltebecken den Abfluss großer Wassermassen stetig verlangsamen und damit das Hochwasserrisiko im gesamten Flusslauf verringern.“ Kein einfaches Unterfangen, da sich viele potenzielle Auenflächen im Privatbesitz befinden und bewirtschaftet werden. Diese Flächen müssten gegebenenfalls gekauft oder getauscht werden, und es würden Entschädigungsvereinbarungen für die betroffenen Landbesitzer notwendig.

Christian Schweer weiß, dass das Land angesichts der beschriebenen Zuständigkeiten in den allermeisten Fällen nur Vorschläge machen kann: „Da stößt der umfassende Hochwasserschutz an die Grenzen der kommunalen Selbstverwaltung.“ Dennoch plädiert der Wasserexperte für ein offensiveres Vorgehen: „Das Land kann etwa ein Auenschutzprogramm auflegen und den Nutzern von Überschwemmungsflächen mit einer öffentlichen Kampagne deutlich machen, dass sie mit ihrem Egoismus auch die Menschen flussabwärts gefährden.“

Im Rhein sammelt sich nicht nur das Hochwasser nordrhein-westfälischer Fließgewässer, sondern auch das aus der Schweiz, aus Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz. Diese Tatsache zwingt alle Beteiligten beim Hochwasserschutz zur Zusammenarbeit, doch genau daran hapert es nach Auffassung des ehemaligen BUND-Landesvorsitzenden Paul Kröfges. Entgegen allen Ankündigungen sei die von den Naturschutzverbänden favorisierte Wiederherstellung von Rheinauen zum Hochwasserschutz kaum umgesetzt worden: „Das Hochwasser muss endlich wieder in die Auen gelenkt werden. Flussauen sind in Mitteleuropa der artenreichste Lebensraum. Dann freuen sich die Kölner über trockene Keller und zugleich Biber, Fischotter und Co. über die revitalisierte Rheinaue.“

Bernd Pieper

Unsere Stiftung hat die Einrichtung des Wassernetzes NRW zwischen 2004 und 2006 mit 338.547 Euro gefördert.

→ Weitere Informationen unter www.wassernetz-nrw.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3138



Foto: DOC RABE Media/Fotolia

Auf dem Prüfstand

Muss der Faire Handel neu verstanden werden?

Von Georg Krämer

Der Faire Handel

sollte wieder stärker als entwicklungspolitischer Bildungsansatz genutzt werden: Dieser Meinung ist Georg Krämer, Referent für entwicklungspolitische Bildung im Welthaus Bielefeld. Er hat dazu ein Thesepapier erarbeitet, das bei zwei Veranstaltungen lebhaft diskutiert wurde.

Auch wir finden, dass die Potenziale und Beschränkungen des Fairen Handels wieder mehr zum Thema werden müssen. Mit der Veröffentlichung des Papiers von Georg Krämer und einer Stellungnahme unseres Geschäftsführers Eberhard Neugebohrn auf Seite 6 möchten wir dazu einen Anstoß geben. Wir freuen uns auf weitere Beiträge von Ihnen.



Foto: TransFair e. V.

Der Faire Handel hat in der Geschichte der entwicklungspolitischen Bildung in der Bundesrepublik eine überragende Bedeutung – und auch heute noch ist er das vielleicht wichtigste Feld entwicklungspolitischen Engagements. Viele Aktive der Eine-Welt-Bewegung widmen dem Fairen Handel einen erheblichen Teil ihrer Arbeit, eröffnet er doch mehr als alle anderen Themenfelder den Menschen bei uns eine Möglichkeit, im Sinne von mehr Gerechtigkeit und mehr Fairness etwas zu tun.

Doch gut 40 Jahre nach der Etablierung des Fairen Handels in Deutschland wird es Zeit, Ansatz und Konzept des Fairen Handels einer Reflektion und Revision zu unterziehen. Stimmen die alten Zielsetzungen noch und passt der strategische Rahmen noch in das Zeitalter der Globalisierung? Müssen gerade für diejenigen, denen es um entwicklungspolitische Bildung geht, Neuansätze gefunden werden, die den Fairen Handel anders verstehen als dies seit 1970 der Fall ist? Zehn Überlegungen mögen hierfür hilfreich sein.

1. Der Faire Handel ist als Lernbewegung, als ein Bildungsprojekt gestartet. Er sollte auf die Unfairness des Welthandels hinweisen und den Ungerechtigkeiten der Weltwirtschaft die Alternative „gerechterer Preise“ durch Fair-Trade-Kauf entgegensetzen. Der kritische Blick

auf die Weltwirtschaft ist heute aus dem Fairen Handel weitgehend verschwunden. Heute scheint es vor allem darum zu gehen, einen möglichst hohen Umsatz beim Fair-Trade-Verkauf zu erzielen. Dafür braucht man vielleicht Marketing-Experten, nicht aber Menschen, die ihre Aufgabe in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit sehen.

2. Die Idee des Fairen Handels ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. 59 Prozent der Bevölkerung (vgl. Studie Umweltbewusstsein 2013) unterstützen sie und erklären ihre Bereitschaft, für faire Produkte mehr Geld auszugeben. Bei den „Aufstiegsorientierten“, „Liberal Gehobenen“ und „Reflexiven“ (Terminologie aus dem Milieu-Modell von Gunnar Otte), also jenen Milieus, die wir mit unserer Arbeit am ehesten erreichen, sind es sogar 76 Prozent. Warum nicht aus allen Unterstützern auch Fair-Trade-Käufer werden, kann hier nicht näher debattiert werden. Diese Diskussion kann aber nicht das Aufgabenfeld derjenigen sein, denen es um die entwicklungspolitische Bildung gehen muss – und die andererseits auch nicht Eulen nach Athen tragen sollten, d. h. sich einreden sollten, mit der „Idee des Fairen Handels“ Bewusstseinsprozesse auszulösen.

3. Die „aktionäre Energie“ des Fairen Handels ist Chance und Fluch zugleich. Zum einen eröff-

net sie Menschen aus allen Schichten und Milieus der Gesellschaft die Chance, konkret etwas für die Unterstützung bedürftiger Produzentengruppen in Afrika, Lateinamerika und Asien tun zu können. Zum anderen suggeriert sie, dieser Weg einer freiwilligen Höherbezahlung von Produkten aus der „Dritten Welt“ sei der Weg zu weniger Armut und mehr Gerechtigkeit in der Welt – und nicht eine Nischenlösung für ausgewählte Projektpartner mit begrenzter Verallgemeinerungsfähigkeit. Wir versäumen es, den Kunden des Fairen Handels die begrenzte Reichweite des Fair-Trade-Ansatzes deutlich zu machen – eine Zumutung, die wir ihnen eigentlich nicht ersparen dürften.

4. Der Faire Handel hat einen Hang zum Unpolitischen. Er verspricht Lösungen durch individuelles Kaufverhalten, obwohl wir wissen, dass entwicklungspolitische Veränderungen für die Armutsreduktion eine vielfach größere Bedeutung hätten: Programme zur nachhaltigen Verbesserung der Landwirtschaft, das Ende von Exportsubventionen und unfairen Handelsmechanismen, zivilgesellschaftliche Stärkung und „good governance“-Förderung in den „Entwicklungsländern“ oder Hilfen bei der Klimaanpassung. Die Folgen solcher Entwicklungspolitik oder ihr Unterlassen sind wahrscheinlich bedeutender als die punktuelle Unterstützung von noch so vielen Kleinbauern-

kooperativen. Dieser entwicklungspolitische Hintergrund ist dem Fairen Handel weitgehend abhanden gekommen.

5. Der Faire Handel hat sich stets als Gegenpol zum „unfairen Welthandel“ verstanden. Heute müssen wir feststellen, dass diese Analyse an der Wirklichkeit vorbei geht. Zum einen beruhen die großen Erfolge bei der Armutsreduktion in China, Indien, Thailand, Indonesien, Vietnam, Brasilien oder Chile weitgehend auf Globalisierungserfolgen und Gewinnen aus dem angeblich unfairen Welthandel, der sich als größter Motor für die Armutsverringerung erwiesen hat. Zum anderen scheint gerade bei den afrikanischen Globalisierungsverlierern das Problem darin zu bestehen, dass sie immer mehr an Wettbewerbsfähigkeit verloren haben und Investitionen in die Produktivitätsentwicklung kaum stattfinden. Der Faire Handel unterstellt aber im Grunde diese mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und setzt dem eine Dauersubventionierung von bestimmten Produzentengruppen entgegen. In der Entwicklungszusammenarbeit würde man gerade aus der Dauer der Fair-Trade-Projekte – viele Projektpartner sind seit Jahrzehnten im Fairen Handel – kritisch danach fragen, ob dieser Projektansatz einer Hilfe ohne Selbsthilfe richtig sein kann.

6. Die kritischen Fragen an den Fairen Handel bedeuten m. E. nicht, diesen Bereich ab sofort nicht mehr zu bedienen. Die Herausforderung besteht vielmehr darin, eine Neuaufstellung des Fairen Handels zu versuchen, die sich anders ausrichtet und neue entwicklungspolitische Kontexte erschließt. Ausgangspunkt jeder Neuaufstellung wäre für mich die Bereitschaft, den Fairen Handel wieder stärker als ein Bildungsprojekt zu verstehen, bei dem es um die entwicklungspolitische Bewusstseinsbildung geht, statt um Marketing für Umsatzsteigerung im Fair-Trade-Bereich. Dies verlangt von den Fair-Trade-Gruppen und Weltläden pädagogische Kompetenzen und eine zielgruppenspezifische Bildungsarbeit, bei der das Feld des Fairen Handels als ein Instrument verstanden wird, um entwicklungspolitischen Zusammenhängen auf die Spur zu kommen.

7. In den Blick kommen müsste das Ganze, nicht nur die Nische. Es geht z. B. nicht nur um die Produktions- und Erlös-Situation einzelner Fair-Trade-T-Shirt-Produzenten, sondern um die Arbeitsbedingungen von TextilarbeiterInnen insgesamt, weshalb beispielsweise eine engere

Zusammenarbeit zwischen Fair-Trade-Bewegung und der Kampagne für saubere Kleidung wünschenswert wäre. Es geht nicht nur um einzelne Baumwollproduzenten, die das Glück hatten, Fair-Trade-Partner zu werden, sondern um das entwicklungspolitische Eintreten für alle westafrikanischen Baumwollproduzenten, die unter den Subventionsverzerrungen durch die USA und die EU leiden. Hier wäre eine Kooperation der Fair-Trade-Gruppen mit der Initiative „Cotton made in Africa“ wünschenswert – das würde sogar helfen, diese Initiative, an der sich auch namhafte Bekleidungshäuser beteiligen, in Deutschland bekannter zu machen. Ähnliches könnte man für den Bereich Kaffee formulieren, wo der CCCC-Initiative (Common Code for the Coffee Community) mehr Bedeutung zuzumessen ist als einzelnen Fair-Trade-Kaffeeproduzenten.

8. Im Sinne einer Politisierung des Fairen Handels wären neue Projekte wünschenswert, bei denen die entwicklungspolitische Botschaft (oder auch Provokation) deutlicher erkennbar wird. Ein Beispiel hierfür wären für mich die Weihnachtskarten der Manthoc (Bewegung arbeitender Kinder) aus Peru, die explizit als Waren aus Kinderarbeit von der Christlichen Initiative Romero angeboten wurden, um ein Nachdenken über die Zulässigkeit oder Unvermeidbarkeit von Kinderarbeit auszulösen. Solche „politisierende Fair-Trade-Projekte“ gilt es zu suchen und zu entwickeln.

9. Eine Aufgabe könnte es außerdem sein, den Fairen Handel stärker als gesellschaftliche denn als individuelle Herausforderung zu begreifen und dadurch sein politisierendes Potential zu nutzen. Die Debatte im Stadtrat über das „faire Beschaffungswesen“, die Diskussion im Presbyterium über die „Wir-trinken-fair-Initiative“ oder die Beteiligung von Kommunen am Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“, der weit mehr umfasst als eine Aufstellung von Fair-Trade-Verkaufsstationen, wären Beispiele für eine solche „Vergesellschaftung“ des Fairen Handels. Auch die Städtepartnerschaften könnten in diesem Sinne genutzt werden, um globale Fairness zum Thema zu machen.

10. Den „Fairen Handel“ als ein Angebot an Menschen in unserem Land, durch bewusste Konsumententscheidungen zur Verbesserung der Lebenslage von Produzentengruppen beizutragen, wird und soll es auch in Zukunft geben. Dieses „Aktionsmodell“ bleibt ein



Die Kampagne „Fairtrade-Schools“ ruft Kinder und Jugendliche dazu auf, sich für eine bessere Welt einzusetzen. Schulen, die sich in besonderer Weise für den Fairen Handel engagieren, werden als „Fair-Trade-School“ ausgezeichnet. Die Kampagne wird von TransFair getragen und in NRW von unserer Stiftung mit rd. 140.000 Euro gefördert.

wichtiger Baustein entwicklungspolitischer Bewusstseinsbildung gerade in Milieus, die diesem Gedanken bisher eher fernstehen. Aufgabe der „Koordinatoren der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“ sollte es aber sein, die Lernchancen des Fairen Handels zu akzentuieren und fortzuentwickeln. In diesem Sinne beenden wir nicht unser Engagement für den Fairen Handel, sondern setzen es mit neuer Ausrichtung fort.



Georg Krämer ist Referent für entwicklungspolitische Bildung im Welthaus Bielefeld und Fachpromotor für Globales Lernen des Landes NRW.

Fairer Handel: Eine Alternative mit Grenzen

Georg Krämers Überlegungen zum fairen Handel sind ein Aufruf zu einer wichtigen Diskussion. Ich stimme den meisten seiner Überlegungen zu. Hier kommen ein paar ergänzende und teilweise auch widersprechende Bemerkungen.

Der faire Handel ist keine Bildungsbewegung

Die hohe Akzeptanz des fairen Handels ist auch ein Ergebnis jahrzehntelanger Informations- und Bildungsarbeit. Aber ist der faire Handel deshalb vor allem ein Bildungsprojekt? Ich meine, nein. Den Akteuren ging es von Anfang an vor allem um die praktische Wirkung auf die Lebenssituation der Produzenten. Die internationalen Austausch- und Machtstrukturen sind ungerecht und eine Änderung ist nicht in Sicht. Mit dem fairen Handel wird ein alternatives, geschütztes System etabliert, mit dem wenigstens einer gewissen Zahl von Menschen geholfen wird, ihre Situation zu verbessern. Das ist oft auch mit Resignation gegenüber den Schwierigkeiten verbunden, die ungerechten Weltverhältnisse zu ändern.

Damit Menschen sich am fairen Handel beteiligen, müssen sie natürlich etwas über diese Weltverhältnisse wissen. Aber die Akteure des fairen Handels machen Informations- und Bildungsarbeit, um die Menschen vom fairen Handel zu überzeugen. Sie verstehen den Verkauf nicht als didaktische Methode, um die Menschen über die Weltverhältnisse aufzuklären.

Man soll dem fairen Handel nicht zu viel aufladen. Ich wäre schon froh, wenn die Mitarbeitenden in den Weltläden einigermaßen auskunftsfähig wären über die Produktionsbedingungen ihrer Waren. Oder wenn die konventionellen Geschäfte bereit wären, zu Fairhandelsprodukten Informationen zu geben, etwa in Form von Informationstafeln oder Prospekten.

Selbstverständlich ist es zu begrüßen, wenn Organisationen des fairen Handels oder auch Weltläden explizit Bildungsarbeit machen. Unsere Stiftung hat einiges davon gefördert. Das Verhältnis von praktischer Arbeit und Bildungsarbeit ist dann aber auch kein anderes als etwa bei einer Organisation, die sich mit Menschenrechtsfragen in einem mittelamerikanischen Staat beschäftigt.

Die Fortschritte von Entwicklungs- und Schwellenländern

Der Begriff der Dritten Welt ist schon lange nicht mehr sinnvoll. Nicht, weil er etwas Diskriminierendes hätte. Das ist ein großes Missverständnis. Es war die Selbstbezeichnung derjenigen Länder, die sich weder dem westlichen, von den USA geführten Block (der Ersten Welt), noch dem östlichen, von der Sowjetunion geführten Block (der Zweiten Welt) zurechneten. Er entstand nach der ersten Konferenz der blockfreien Länder 1954 in Bandung.

Der Begriff ist vor allem deshalb nicht mehr zutreffend, weil diese Länder sich stark ausdifferenziert haben. Thailand oder Brasilien gehören inzwischen einer anderen Klasse von Ländern an als Liberia oder Honduras oder gar Somalia und Mali. Die Fortschritte eines beträchtlichen Teils der Entwicklungsländer und die verbesserten Lebensverhältnisse von Hunderten von Millionen Menschen haben nichts mit dem fairen Handel zu tun. Sie vollzogen sich unter den Bedingungen des bestehenden Welthandelssystems. Gute Regierungsführung, ein funktionierendes Rechts- und Steuersystem, der Aufbau eines adäquaten Bildungssystems, Investitionen in ländliche Entwicklung und Infrastruktur sind hundertmal wirksamere Mittel zur Armutsreduktion als ein noch so ausgedehnter fairer Handel.

Der Erfolg des fairen Handels sollte sich nicht allein daran messen, dass möglichst viele Produzenten in diesem alternativen System sind, sondern auch daran, dass es Produzenten gelingt, erfolgreich in den normalen Handel zu wechseln.

Das bedeutet keineswegs, dass die internationalen Austauschverhältnisse so in Ordnung sind, wie sie sind. Ganz im Gegenteil: Der Abbau der Exportsubventionen für Produkte der europäischen Landwirtschaft und vergleichbarer Subventionsregime ist wichtiger denn je. Dort vor allem liegen die politischen Herausforderungen und der Beitrag unserer Gesellschaften zu besseren Entwicklungsbedingungen des globalen Südens.

Übrigens unterscheiden sich die Ansätze zu nachhaltiger Beschaffung in der Regel insofern von denen des fairen Handels, als sie auf die Durchsetzung von sozialen und ökologischen Mindeststandards in den Wertschöpfungsketten des konventionellen Handels gerichtet sind.



Foto: Santiago Engelhardt/TransFair e. V.

Die Grenzen von „Cotton made in Africa“

Das Projekt ist mithilfe einer Förderung durch unsere Stiftung entstanden, und ich konnte mich 2011 bei einem Aufenthalt in Malawi von seinem Erfolg überzeugen (s. Artikel Rundbrief 1/2012; www.sue-nrw.de/service/materialien/rundbrief.html). Der Ansatz ist, kurz gesagt, dass Textilkonzerne eine geringe Lizenzgebühr bezahlen, damit sie für ihre Waren mit dem Gütesiegel „Cotton made in Africa“ werben können. Mit der Gebühr – und bisher auch mit viel Geld der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der Gates Foundation – wird in einigen afrikanischen Ländern ein System der Betreuung und Anleitung der baumwollproduzierenden Kleinbauern finanziert, durch das diese ihre Produktivität steigern können. Für die Rohbaumwolle erhalten sie jedoch die üblichen Weltmarktpreise. Das funktioniert bisher ganz gut.

Allerdings ist auch dieses System eine winzige Nische auf einem Markt, der massiv durch Subventionen bestimmt wird. 2011 betrug der Weltmarktpreis für eine Tonne Rohbaumwolle 350 Dollar. Die Baumwollfarmer in den USA bekamen jedoch zusätzlich pro Tonne 650 Dollar Subventionen. Zwei Probleme zeichnen sich bei „Cotton made in Africa“ ab: Zum einen ist man nach wie vor auf massive Förderung angewiesen. Zum anderen sind die Volumina bislang so klein, dass sie auf dem Weltmarkt nicht ins Gewicht fallen. Und wenn dies gelänge, müssten die großen Subventionsgeber nur einige Cent mehr zahlen, um die Initiative in große ökonomische Schwierigkeiten zu bringen.

Daher ist auch „Cotton made in Africa“ ein Beispiel dafür, dass man sich um die Regularien des Welthandels und Institutionen wie die WTO (Welthandelsorganisation) kümmern muss, wenn man die Entwicklungsbedingungen für afrikanische Baumwoll-Kleinbauern verbessern will.

Eberhard Neugebohrn

Kakao: Nicht für alle ein Genuss

Forum Nachhaltiger Kakao
will Situation der Kakaobauern
verbessern

Wer sagt zu einer leckeren Tafel Schokolade schon „Nein“? Wir Deutschen jedenfalls nicht. Rund elf Kilogramm Schokolade isst jeder von uns im Jahr. Über zwölf Prozent des weltweit angebauten Kakaos werden in Deutschland konsumiert. Und auch für die deutsche Wirtschaft spielt Kakao eine wichtige Rolle, schließlich wurden nach Angaben des Bundesverbandes der deutschen Süßwarenindustrie im Jahr 2012 über eine Million Tonnen Schokoladenprodukte in Deutschland hergestellt.

Für uns bedeuten Schokolade und Co. puren Genuss, doch für weltweit rund 5,5 Millionen Kleinbauern und ihre Familien ist Kakao die wichtigste Einnahmequelle. Länder wie Ghana oder die Elfenbeinküste beziehen daraus einen Großteil ihrer Devisen und Steuereinnahmen. Doch diese Quelle droht langfristig zu versiegen, so Friedel Hütz-Adams von Südwind – Institut für Ökonomie und Ökumene: „Aufgrund der gefallen und stark schwankenden Kakaopreise investieren viele Kakaobauern nicht mehr in ihre Plantagen.“ Und die gerade einmal vier Cent, die ein Kakaobauer aktuell vom Preis für eine Tafel Schokolade erhält, machen den Beruf für junge Menschen im westlichen Afrika nicht gerade attraktiv.

90 Prozent des in Deutschland verbrauchten Kakaos kommen aus Westafrika, und dort ist die Situation nach Recherchen von Südwind besonders schlecht. So führe die Armut der Kakaobauern dazu, dass allein in Ghana und der Elfenbeinküste jeweils mehr als 250.000 Kinder auf Kakaoplantagen arbeiten müssten. Diese Arbeit ist häufig gesundheitsgefährdend und verhindert den Schulbesuch der Kinder – ein Verstoß gegen internationale Abkommen ebenso wie gegen nationale Gesetze in den Anbauländern.

Die Situation wird sich nach Ansicht des Südwind-Experten Hütz-Adams nur verbessern, „wenn alle Beteiligten der Wertschöpfungskette von Kakao zusammenarbeiten“. Ein Schritt in diese Richtung ist das Forum Nach-

haltiger Kakao, das im vergangenen Jahr auf Initiative der Bundesministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gegründet wurde: ein breites Bündnis aus derzeit 76 Unternehmen, Regierungsvertretern, Zertifizierern und Nichtregierungsorganisationen – 14 davon aus Nordrhein-Westfalen. Es soll dazu beitragen, die Situation der Kakaobauern zu verbessern und Wege zu einem nachhaltigeren Kakaobau zu finden.

Friedel Hütz-Adams sieht insbesondere die deutschen Schokoladenproduzenten in der Pflicht: „Aufgrund ihrer Machtposition auf dem Weltmarkt kommt ihnen eine besondere Verantwortung zu.“ Der zu niedrige Verkaufspreis für Kakao sei die wichtigste Ursache für Kinderarbeit und die schlechten Lebensverhältnisse der Kakaobauern. Deshalb müssten die Mitglieder des Forums eine Debatte über den Preis von Kakao und damit über die Einkom-

men der Kakaobauern führen. Eine zertifizierte Verbesserung der Produktionsbedingungen verteuert Schokolade nach Berechnungen von Südwind derzeit nur um rund einen Cent pro Tafel. Diesen Preis sollte uns der Genuss allemal wert sein.

Unsere Stiftung fördert zurzeit drei Projekte zum Thema Kakao: „Der Anbau von Kakao in Nigeria: Wie können deutsche Unternehmen zu einer Verbesserung der Situation beitragen“, „Soziale und ökologische Probleme bei der Produktion von Kakao in Ghana“ (beide Südwind) sowie die Ghana-Ausstellung „... nicht nur Schokoladenseiten“ (Ghana-Forum).

➔ Weitere Informationen unter www.suedwind-institut.de, <http://ghananichtnurschokoladenseiten.wordpress.com> sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4675, E-4840 und Z-5144



Kakaoschote (Foto: Frank Eichinger/TransFair e. V.)



Foto: Calin Tatu/Fotolia

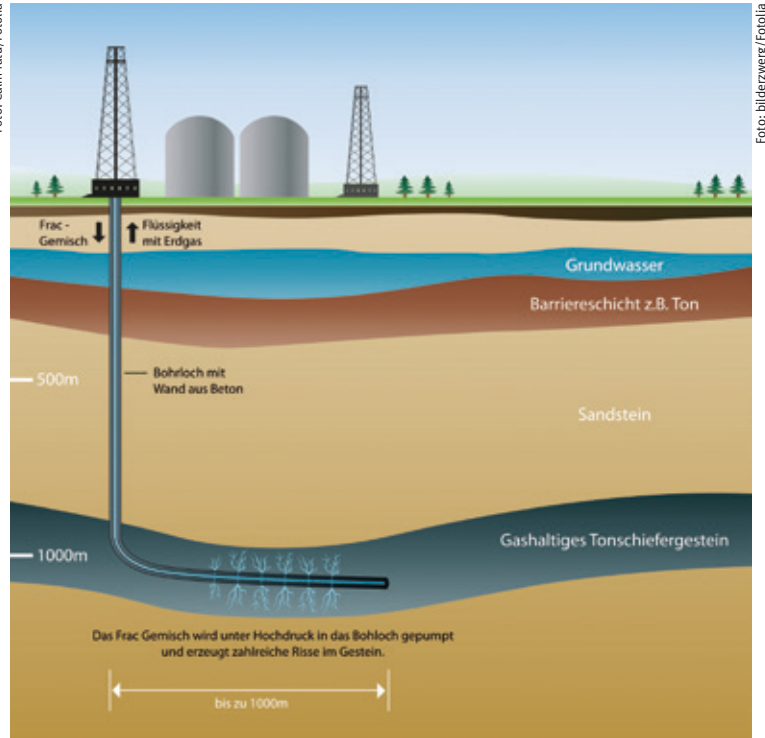


Foto: bildergewerg/Fotolia

Umstrittene Energiequelle

Fracking: Viele offene Fragen

Die viel zitierte Energiewende kommt nicht recht vom Fleck. Ein Grund dafür sind die hohen Kosten für die Errichtung von Windparks oder den Bau von Stromleitungen. Das mag die kurzzeitige Begeisterung für das so genannte Fracking erklären, eine Technik, die in den USA und Kanada die Energiepreise purzeln und die Illusion von einer unbegrenzten und unabhängigen Energieversorgung blühen lässt.

Fracking, genauer „hydraulic fracturing“, ist das hydraulische Aufbrechen von Gestein. Dabei werden Wasser, Sand und Chemikalien unter hohem Druck horizontal in Schiefergestein gepresst, um dort kleine Risse zu erzeugen und so eingeschlossenes Gas oder Öl freizusetzen. Die Unternehmensberatung A.T. Kearney geht davon aus, dass unkonventionelles, also durch Fracking gewonnenes Gas bis zum Jahr 2035 einen Anteil von rund 45 Prozent an der europäischen Gasförderung – ohne das wichtigste „konventionelle“ Förderland Norwegen – ausmachen und zehn Prozent des europäischen Gesamtbedarfs decken könne. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) zeigt sich hingegen skeptisch. Im Gegensatz zu den USA und Kanada hätten die durch Fracking gewinnbaren Vorkommen in Deutschland ein Potenzial von maximal 13 Jahren. Noch schwerer allerdings wiegen für den SRU die

ungeklärten Fragen der Umweltverträglichkeit. So sei noch völlig ungeklärt, welche Folgen ein Kontakt des Chemiecocktails mit dem Grundwasser gerade in einem dicht besiedelten Land habe. Auch sei die Errichtung von Bohrplätzen zwangsläufig mit einer Flächeninanspruchnahme sowie Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden.

Die Bundesregierung hat lange an einem Gesetzentwurf zum Fracking gearbeitet. Im Juni wurde das Vorhaben auf die nächste Legislaturperiode verschoben. Kein Grund für die Fracking-Gegner, sich zurückzulehnen, denn damit ist die Technik für ganz Deutschland erst einmal grundsätzlich nicht verboten. Allerdings sind die meisten Bundesländer, die Fracking-Projekte genehmigen müssen, nicht begeistert. Das gilt auch für Nordrhein-Westfalen, wo es größere Vorkommen unkonventionellen Gases im Emsland und im Münsterland gibt.

Nach einem unabhängigen Gutachten hatte die Landesregierung bereits im September 2012 angekündigt, bis auf Weiteres keine Genehmigungen für Fracking zu erteilen. Die Experten des Gutachterkonsortiums hätten in vielen Bereichen erhebliche Wissens- und Informationslücken festgestellt, so das Umweltministerium. Und in einem Schreiben an die NRO Campact, die bis heute mehr als 160.000 Unter-

schriften für ein Fracking-Verbot gesammelt hat, hat die Staatskanzlei im Juni 2013 noch einmal bestätigt, „dass eine Genehmigung von Vorhaben zur Aufsuchung und Gewinnung von unkonventionellem Erdgas unter Einsatz der Fracking-Technik mit potenziell umwelttoxischen Substanzen derzeit nicht verantwortbar ist“.

Am Rande einer Fachtagung in Hannover zu den Möglichkeiten umweltverträglichen Frackings hat Professor Hans-Joachim Kümpel, Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), eine gemeinsame Studie von Wissenschaft und Energiewirtschaft angekündigt. Untersucht werden soll vor allem der Einfluss des Fracking auf Grundwasser und Boden sowie die Wahrscheinlichkeit von Erschütterungen an der Oberfläche.

Grundsätzlich hält der BGR-Präsident „umweltverträgliches Fracking unter Beachtung sämtlicher Vorschriften für möglich“. Es erscheint aus heutiger Sicht allerdings zweifelhaft, ob sich die zahlreichen Bürgerinitiativen gegen Fracking, die sich in „Gegen Gasbohren – Vereinigung der Initiativen gegen unkontrollierte Erdgassuche und Hydraulic ‚Fracking‘ in Deutschland“ zusammengeschlossen haben, davon überzeugen lassen.

Medien und Zivilgesellschaft begegnen sich

Global Media Forum in Bonn



Die Stiftung war in diesem Jahr Kooperationspartner beim Global Media Forum der Deutschen Welle (DW). Bei der Konferenz (17. bis 19. Juni) diskutierten mehr als 2.500 Gäste aus aller Welt über „Die Zukunft des Wachstums – Wirtschaft, Werte und die Medien“. Prominenteste Redner waren der Globalisierungskritiker Noam Chomsky und die indische Menschenrechtlerin Vandana Shiva. DW-Intendant Erik

Bettermann sagte, mit dem Konferenzthema habe man offenkundig „einen Nerv getroffen“, wie die intensiven Diskussionen in über 50 Veranstaltungen eindrucksvoll gezeigt hätten. Immer wieder sei dabei die bedeutende Rolle der Bürger für gesellschaftliche Veränderungen hervorgehoben worden. Zentrale Voraussetzung dafür sei die zuverlässige Information durch die Medien.

Die stärkere Teilhabe der Zivilgesellschaft und mehr Kooperationen zwischen Deutscher Welle und Nichtregierungsorganisationen waren auch die Intentionen für das Engagement der Stiftung beim Global Media Forum. Rund 100 NRO-Vertreter aus Nordrhein-Westfalen folgten der Einladung zur Konferenz. Zehn Organisationen präsentierten ihre Arbeit am Gemeinschaftsstand der Stiftung. Der BUND NRW, das in Bonn angesiedelte Global Policy Forum Europe sowie das Eine Welt Netz NRW und das Südwind-Institut richteten Workshops aus. Die Einbindung der Zivilgesellschaft ist bei zukünftigen Konferenzen sicherlich noch ausbaufähig. Aber die große Zufriedenheit der NRO-Vertreter mit der Veranstaltung und den Möglichkeiten, sich dort einzubringen, bietet Grund zum Optimismus. Zumal auch das Thema des Global Media Forums 2014 zum Mitmachen einlädt: „Herausforderung für die Medien – Von der Information zur Partizipation“.

Deutscher Nachhaltigkeitstag 2013

Stiftung kooperiert als Institutioneller Partner

Am 21. und 22. November findet in Düsseldorf der 6. Deutsche Nachhaltigkeitstag statt. Die Veranstaltung richtet sich an Verantwortliche aus Unternehmen und Kommunen sowie an Vertreter von Zivilgesellschaft, Politik, Forschung und Medien. Im Rahmen der Konferenz wird auch der Deutsche Nachhaltigkeitspreis vergeben, mit dem vorbildliche Unternehmen und Kommunen ausgezeichnet werden.

Die Stiftung ist in diesem Jahr Institutioneller Partner des Nachhaltigkeitstages. Ziel der Kooperation ist es, zivilgesellschaftliche Organisationen stärker einzubinden und ihre Positionen bei Workshops und Präsentationen sichtbar zu machen. Genauere Informationen dazu werden wir in den nächsten Wochen auf unserer Website veröffentlichen und per Mail verschicken.



Foto: Marc Darchinger

KlimaDiskurs.NRW geht an den Start

Auftaktveranstaltung in Düsseldorf

Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik zusammenbringen, um über Interessenkonflikte bei Klimaschutz und Energiewende zu sprechen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen: Das ist das Ziel des Vereins KlimaDiskurs.NRW, der aus dem Initiativkreis Klimaschutz hervorgegangen ist. Bei der ersten öffentlichen Veranstaltung ging das Konzept auf: Zum „KlimaSalon“ am 18. Juli kamen rund 120 Personen; Parteien und Behörden waren ebenso vertreten wie Unternehmen und NRO. Schwerpunkt von Referaten und Diskussionen war das Thema „Nicht vor meiner Haustür – Die paradoxe Akzeptanz Erneuerbarer Energien“.

Der KlimaSalon wird viermal im Jahr Themen aufgreifen, die in weiteren Veranstaltungen tiefergehend bearbeitet werden: Die KlimaWorkstatt soll eine detailliertere Darstellung der Problemkonstellationen unter Einbezug von Experten und allen beteiligten Akteuren ermöglichen. In der KlimaLounge treffen sich Entscheider aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft zum vertraulichen Gespräch, um über Konflikte zu beraten. Als großes, öffent-



Foto: Steffen Höft

lichkeitswirksames Netzwerktreffen ist eine jährliche Konferenz, das KlimaForum, geplant.

Im Sinne einer Anschubfinanzierung wird der KlimaDiskurs.NRW von der Stiftung Mercator und unserer Stiftung in gleichen Anteilen mit insgesamt rund 1,2 Millionen Euro gefördert. Initiiert wurde der Verein u. a. von der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW, den Landesverbänden von BUND und NABU, der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Verbraucherzentrale NRW. Die Stadtwerke Düsseldorf sind das erste Mitglied aus der Wirtschaft.

WAS WURDE AUS ...

dem OroVerde-Projekt „Weil wir es wert sind!“?



Foto: OroVerde

Umweltbildung erreicht vor allem Kinder und Jugendliche mit einem relativ hohen Bildungsniveau. Wer jedoch den Nachhaltigkeitsgedanken tatsächlich in der Gesellschaft verankern will, muss Wege suchen, um auch junge Menschen aus benachteiligten Strukturen anzusprechen.

Diese These stand am Ausgangspunkt des Projektes „Weil wir es wert sind!“ der Tropenwaldstiftung OroVerde. Der Projekttitel betont die Bedeutung eines gesunden Selbstvertrauens für Kinder und Jugendliche, einer Wertschätzung durch andere und vor allem durch sich selbst. Ein zentrales Projektziel war es also, die teilnehmenden jungen Menschen zu ermutigen, ihre eigenen Fähigkeiten zu entdecken und zu entfalten.

Im Rahmen des Projektes entwickelten die Jugendlichen – unterstützt von Künstlern, Köchen, Umweltpädagogen und anderen Profis – Kampagnen zum Thema Regenwald. Aus über zehn Vorschlägen wählten rund 700 Schülerinnen und Schüler die Themen Kochen, Graffiti, Rap 4 Rainforest, Lauf fürs Leben, Comic, Tanzen und Werken aus. Die Kampagnen wurden an fünf Haupt- und Förderschulen im Raum Köln – Bonn erprobt.

Die Entwicklung und Umsetzung der Praxiskampagnen, aber auch die Ängste und Hoffnungen der Jugendlichen wurden in einem begleitenden Filmprojekt dokumentiert. Die-

ser Film soll, ebenso wie die im Projektverlauf erarbeiteten Unterrichtsmaterialien, Lehrende an anderen Schulen in Deutschland zur Durchführung ähnlicher Projekte animieren und sie dabei unterstützen.

Als Lieblingskampagne des OroVerde-Teams erwies sich „Cook“, ein Promi-Dinner und Koch-Event. Rund vier Monate beschäftigte sich die Klasse 8 der Laurentius-Schule (Niederkassel) im Kochunterricht mit dem Thema Regenwald. Dabei entstand ein Kochbuch mit Regenwald-Rezepten und abschließend wurde zum Promi-Dinner geladen, das unter anderem die Bestseller-Autorin Sabine Kuegler („Dschungelkind“) genießen durfte. Alle teilnehmenden Jugendlichen waren enorm motiviert, da sie einen praktischen Nutzen für sich sahen – und dank der alltagsnahen Herangehensweise wurden die Zusammenhänge zwischen Ernährung, Konsumverhalten und der Zerstörung der Regenwälder ganz offensichtlich.

Das Projekt hat belegt, dass sich auch benachteiligte Jugendliche für Umwelt und Natur begeistern lassen. Dabei erleichtern Ausdrucksformen wie Tanz, Graffiti oder Kochen den Zugang ebenso wie ein emotionaler Einstieg. Wichtig für die Jugendlichen ist die Erkenntnis, dass sie mit ihrem Verhalten tatsächlich etwas bewegen können, dass ihre Vorstellungen und Handlungen also wichtig sind.

OroVerde-Geschäftsführer Volkhard Wille ist vom Erfolg des Projektes überzeugt: „Wir konnten Jugendliche für die Themen Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Regenwald begeistern und sie gleichzeitig in ihrem Selbstwertgefühl und in wichtigen beruflichen Kompetenzen fördern.“

„Weil wir es wert sind!“ wurde mehrfach ausgezeichnet, unter anderem als offizielles Projekt der UN-Dekaden „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und „Biologische Vielfalt“. Bonns Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch, der Projektleiterin Birthe Hesebeck einen „Vielfalt-Baum“ sowie die Urkunde und das Logo der UN-Dekade überreichte, war voll des Lobes: „Jeder kann für den Schutz der Tiere, Pflanzen und ihrer Lebensräume aktiv werden und etwas bewegen – das zeigt ‚Weil wir es wert sind!‘ in vorbildlicher Weise. Dieser wesentliche Beitrag für das Selbstbewusstsein von Jugendlichen, die es vielleicht nicht immer leicht im Leben haben, verdient höchste Anerkennung.“

Neben der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), der Rheinenergiestiftung und der Stiftung Jugendhilfe der Sparkasse in Bonn hat auch unsere Stiftung das Projekt bis August 2012 mit 82.372 Euro gefördert.

➔ Weitere Informationen unter www.oroverde.de oder in unserer Projektdatenbank unter U-3342

Auch Kreative sind mal krank

Zur Abgabepflicht bei der Künstlersozialkasse

Über die Künstlersozialkasse (KSK) erhalten nicht nur Künstler im engeren Sinn, sondern auch selbstständige Texter, Grafiker, Webdesigner und viele andere Kreative einen Versicherungsschutz in der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Die Versicherungsbeiträge werden zur Hälfte von den Versicherten selbst und zur anderen Hälfte von den Nutzern ihrer Leistungen und durch einen Bundeszuschuss getragen.

Die Künstlersozialabgabe stellt den „Quasi-Arbeitgeberanteil“ dar, der von Unternehmen, aber auch Vereinen erhoben wird. Bemessungsgrundlage sind alle in einem Kalenderjahr an selbstständige Kreative gezahlten Entgelte. Die Höhe der Abgabe wird jährlich durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales neu festgelegt, 2013 beträgt der Abgabesatz 4,1 Prozent.

Die Abgabepflicht ist nicht davon abhängig, ob der jeweilige Künstler bzw. Auftragnehmer bei der KSK versichert ist. Ebenso wenig spielt es eine Rolle, ob der Auftrag im Zusammenhang mit einem gemeinnützigen Zweck steht. Entscheidend sind allein Art und Umfang, in dem Aufträge an selbstständige Kreative erteilt werden.

Wenn Sie als von unserer Stiftung geförderter Projektträger Abgaben an die KSK leisten müssen, können diese in die Kalkulation der förderfähigen Projektkosten einbezogen werden.

➔ Weitere Informationen unter www.kuenstlersozialkasse.de

Neu geförderte Projekte

16. Mai bis 15. August 2013, Fördervolumen: 821.091 €

Sie finden hier Kurzinformationen zu den Projekten, ihrer Dauer, der Fördersumme und zum Förderbereich (E = Entwicklung, O = Organisationsentwicklung, U = Umwelt, Z = fachübergreifende Themen).

➔ Weitere Informationen in der Projektdatenbank auf unserer Internetseite www.sue-nrw.de

Finanzierung der Post-MDG-Agenda	1.5.2013 – 31.12.2014
Südwind e. V. – Institut für Ökonomie und Ökumene	E-4837
Studien und Veranstaltungen zur Finanzierung der geplanten Sustainable Development Goals, im Fokus stehen die BRICS-Staaten und Entwicklung fördernde Kapitalanlagen.	19.500 €

Öffentlichkeitsarbeit zu Eine Welt Tagen	20.5.2013 – 31.12.2013
Eine Welt Forum Düsseldorf e. V.	E-4841
Öffentlichkeits- und Koordinationsarbeit zu den 29. Eine Welt Tagen in Düsseldorf, an denen sich rund 200 Organisationen beteiligen	9.671 €

Digital Participation Summit	1.6.2013 – 31.8.2013
The Global Experience e. V.	E-4846
Öffentliche Abschlussveranstaltung zum einwöchigen, internationalen „Digital Participation Camp“, bei dem junge Menschen sich mit digitaler Jugendarbeit beschäftigen	8.800 €

Blickpunkt Afrika	15.6.2013 – 30.7.2015
Ethiopian German Forum e. V.	E-4847
Veranstaltungsreihe im Kölner Rautenstrauch-Joest-Museum, mit Referaten und Podiumsdiskussionen zum Thema Afrika	25.000 €

Nachhaltige Entwicklung und Fairen Handel verankern	1.9.2013 – 29.2.2016
Weltladen Aachen e. V.	E-4848
Qualifizierung von Ehrenamtlichen, die in Schulen und im Weltladen Bildungsmodule anbieten; Beratung für Schul-Weltläden; Öffentlichkeitsarbeit und Entwicklung von Materialien	119.930 €

Organisationsentwicklung	17.5.2013 – 31.7.2014
Deutsch-Äthiopischer Studenten- und Akademikerverein e. V.	O-2316
Unterstützt von professioneller Beratung wird angestrebt, die Vereinsstrukturen partizipativer zu gestalten und die Mitglieder stärker zu aktivieren.	10.000 €

Nachhaltige Nutzung geologischer Ressourcen	1.9.2013 – 31.8.2014
Förderverein Naturkunde-Museum der Stadt Bielefeld e. V.	U-3509
Modernisierung der mineralogisch-geologischen Ausstellung, Integration von neuen Schwerpunkten wie Verteilungsgerechtigkeit und Umweltvorsorge	46.000 €

Naturerfahrung inklusiv	1.1.2014 – 31.12.2015
Förderverein Wasser und Naturschutz Arche Noah e. V.	U-3515
Der Projektträger verändert seine Angebote so, dass sie auch von Menschen mit Behinderung genutzt werden können, u. a. durch spezielles Lernmaterial.	97.700 €

„Grünes Klassenzimmer“ bei Landesgartenschau	1.8.2013 – 31.12.2014
Landesgartenschau Zülpich 2014	U-3520
Bei der Landesgartenschau 2014 in Zülpich wird ein „Grünes Klassenzimmer“ als außerschulischer Lernort etabliert, u. a. mit Kursen zum Themenfeld Umwelt und Natur.	115.105 €

Ein Lehmbackofen für Margarethe	9.8.2013 – 25.8.2013
Waldhaus 12 e. V.	U-3536
Im Gemeinschaftsgarten „Margarethengarten“ in Mönchengladbach wird ein dreitägiger Workshop zum Bau eines Lehmbackofens durchgeführt.	1.344 €

Globales Lernen in Lehrerbildung und Schule	1.4.2013 – 31.10.2014
for fair education e. V. und The Global Experience e. V.	Z-5221
Lehramtsstudierende an drei NRW-Universitäten werden im Bereich Globales Lernen qualifiziert, u. a. durch Auslandspraktika.	92.200 €

Nachhaltige IT-Beschaffung in NRW	1.7.2013 – 31.12.2015
Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e. V.	Z-5232
Mit Studien, Info-Materialien, Fortbildungen, Veranstaltungen und Medienbeiträgen soll die soziale und ökologische Beschaffung von IT-Produkten gefördert werden.	100.000 €

KonsumWandel	1.7.2013 – 30.6.2015
Vamos e. V.	Z-5237
Um den Konsumwandel zu befördern, wird eine Wanderausstellung entwickelt, die durch ein Begleitprogramm, Fortbildungen und Bildungsmodule ergänzt wird.	175.841 €

HINWEISE

Preisverleihung Eine-Welt-Filmpreis NRW

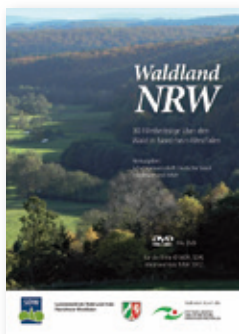
Zum 7. Mal wird im Rahmen des Fernsehworkshop Entwicklungspolitik der Eine-Welt-Filmpreis NRW verliehen. Gewürdigt werden damit die Arbeiten von Autorinnen und Autoren, deren Filme in besonderer Weise für Probleme in Ländern des Südens sensibilisieren, die aber auch Ansätze zur Veränderung aufzeigen und einen Perspektivwechsel ermöglichen. Die Preise werden durch Dr. Angelica Schwall-Düren verliehen, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen.

→ Freitag, 20. September 2013, 19.00 Uhr
Mediapark 7, 50670 Köln.

→ Weitere Informationen unter
www.fernsehworkshop.de

Eine Anmeldung ist erforderlich, per E-Mail an
anmeldung@melanchthon-akademie.de

Medienpaket Waldland NRW



„Waldland NRW“ heißt ein kürzlich erschienenes Medienpaket, das von unserer Stiftung mit 28.000 Euro gefördert wurde. Es besteht aus einer DVD mit 30 Filmen (jeweils vier Minuten) und einer CD-Rom mit umfangreichem Informations- und Unterrichtsmaterial. Die Filme bieten anschauliche Einstiege in die Themen Wald und Umwelt, Wald und Mensch, Tiere und Pflanzen im Wald sowie nachhaltige Forstwirtschaft. Für Schulen, Umweltbildungseinrichtungen, Biologische Stationen etc. ist „Waldland NRW“ kostenlos erhältlich. Herausgeber des Medienpakets sind die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband NRW (SDW) und der Landesbetrieb „Wald und Holz NRW“.

→ Bestellungen per Mail an
info@sdw-nrw.de

Landeskonferenz Nachhaltigkeitsstrategie NRW

Die Landesregierung hat die Nachhaltigkeit zu einem Leitprinzip ihres Handelns erklärt. Unter Einbindung aller Ministerien, des Landtags und weiterer Stakeholder soll im Laufe der kommenden Jahre eine NRW-Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet werden. Im Rahmen dieses Prozesses wird jährlich vom Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW eine Nachhaltigkeitskonferenz organisiert.

Eine erste Konferenz diente 2012 der Bestandsaufnahme zu 20 Jahren Rio- und Nachhaltigkeitsprozess in NRW. Die zweite Konferenz, die voraussichtlich am 18.11.2013 im Landtag stattfinden wird, soll die Landesregierung bei einem Ausblick auf ein zukunftsfähiges NRW unterstützen und erste richtungsweisende Weichenstellungen für eine Landes-Nachhaltigkeitsstrategie vornehmen.

→ Weitere Informationen in Kürze unter
www.nachhaltigkeit.nrw.de

Veranstaltungsreihe Die Folgen von Uranmunition

Der Verein Ost-Westlicher Diwan veranstaltet in Köln drei öffentliche Seminare zu den erschreckenden Auswirkungen von abgereicherter Uranmunition im Irak. Uranmunition wurde von den Amerikanern in großem Umfang im zweiten Golfkrieg eingesetzt. Dadurch sind viele Gebiete kontaminiert, steigende Krebs- und Sterblichkeitsraten und eine massive Umweltzerstörung sind die Folgen.

28. September, 16 Uhr: Einführung in die Thematik, u. a. mit dem Film „Todesstaub“ des Grimmepreisträgers Frieder Wagner

19. Oktober, 17 Uhr: Möglichkeiten der Dekontamination

23. November, 17 Uhr: Uranmunition als Verstoß gegen die Menschenrechte

Alle Seminare sind mit renommierten, internationalen Referenten besetzt. Die Veranstaltungsreihe wird von unserer Stiftung mit 7.450 Euro gefördert.

→ Veranstaltungsort ist das Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Str. 429, 50825 Köln

→ Weitere Informationen
diwanostwest@yahoo.de



Fachtagung Inklusion in der Katastrophenvorsorge

Katastrophenvorsorge für alle – Aktuelle Ansätze zur Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in die Katastrophenvorsorge: So lautet der Titel einer Fachtagung der Aktion Deutschland Hilft, die am 10. Oktober in Bonn stattfindet. Die Veranstaltung soll einen Dialog darüber anstoßen, wie Menschen mit Behinderungen besser und systematischer in die Katastrophenvorsorge einbezogen werden können.

→ Weitere Informationen beim Tagungsbüro,
katastrophenvorsorge@neueshandeln.de

Workshop Antragstellung und Verwendungsnachweis – Gewusst wie!

Ist unsere Organisation antragsberechtigt? Welche Informationen muss der Förderantrag enthalten? Wie mache ich eine Projektabrechnung? Diese und weitere Fragen möchten wir Ihnen in unseren Workshops beantworten. Die Veranstaltungen finden in den Räumen unserer Stiftung statt und dauern von 10 bis 17 Uhr. Bitte senden Sie Ihre Anmeldung per Post oder Fax an uns oder senden eine E-Mail an iris.gause@sue-nrw.de. Ihre Anmeldung ist erst mit schriftlicher Bestätigung gültig. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, die Teilnahme ist kostenfrei.

→ Termine:

16. September 2013

11. November 2013

IMPRESSUM

Ausgabe September 2013

ISSN 2196-9507

Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen

Kaiser-Friedrich-Straße 13, 53113 Bonn
Telefon 0228.24 33 50, Fax 0228.24 33 522
info@sue-nrw.de
www.sue-nrw.de

V.i.S.d.P. Eberhard Neugebohrn
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Auffassung der Stiftung wieder.
Redaktion: Bernd Pieper, Christel Schwiederski
Gestaltung: art_work_buero, Köln
Druck: Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn

Die nächsten „Resultate“ erscheinen im Dezember 2013. Auf Wunsch verschicken wir den Rundbrief auch per E-Mail als PDF-Datei. Bitte schicken Sie dazu – oder auch bei einer Abbestellung – eine E-Mail an info@sue-nrw.de